

PRESSEMITTEILUNG

13. Jänner 2025

Studie: Arbeitskräftemangel könnte Österreichs Wachstum mittelfristig gefährden

- *Ab den 2030er Jahren droht ein akuter Arbeitskräftemangel*
- *Die wichtige Exportwirtschaft dürfte darunter leiden*
- *Höhere Erwerbsbeteiligung, Zuwanderung von Fachkräften und mehr Produktivität sind notwendig*
- *Innovation, Digitalisierung und Automatisierung als Schlüssel für höhere Produktivität*

Der sich zuspitzende Arbeitskräftemangel durch eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung wird Österreich und seine Exportwirtschaft im nächsten Jahrzehnt vor große Probleme stellen. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft.

Selbst unter optimistischen Annahmen, was die demografische Entwicklung betrifft, dürfte der Arbeitskräftemangel in den 2030er Jahren auch bei einem relativ moderaten Wirtschaftswachstum ein limitierender Faktor werden. Zwar sollte die Exportwirtschaft angesichts ihrer Beschäftigungsstruktur davon grundsätzlich etwas weniger stark betroffen sein. Weil sie aber im Wettbewerb mit anderen Branchen um die immer rarereren Arbeitskräfte steht, wird auch sie verstärkt um Fachkräfte und Talente buhlen müssen.

Allein zwischen 2022 und 2027 werden rund 540.000 Menschen der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Pension gehen. Diese fehlenden Arbeitskräfte werden nicht vollständig durch jüngere Menschen ersetzt werden können, weil nachfolgende Jahrgänge wesentlich geburtenschwächer sind.

Um den daraus resultierenden Arbeitskräftemangel zu bekämpfen und den damit zu befürchtenden Wohlstandsverlusten zu begegnen, empfiehlt die Untersuchung eine gezielte Arbeitsmarktpolitik zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Migrant:innen und Älteren, die Steigerung von Produktivität und Innovation sowie die verstärkte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Für die Studie haben die beiden Autor:innen Robert Stehrer und Stella Zilian verschiedene Szenarien der Bevölkerungsentwicklung mit der voraussichtlichen Nachfrage nach Arbeitskräften verglichen. Im Fokus steht dabei die heimische Exportwirtschaft, die rund ein Drittel der österreichischen Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze generiert. Fazit: Auch unter optimistischen Annahmen in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung, die Zuwanderung und die Erwerbsbeteiligung wird es ab den frühen 2030er Jahren in Österreich einen akuten Mangel an Arbeitskräften geben.

Industrie in der Bredouille

„Nicht zuletzt die exportorientierte Industrie – immer noch das Rückgrat der heimischen Wirtschaft – steht im Wettbewerb um Talente mit anderen Branchen und könnte in Zukunft unter größeren Engpässen bei Facharbeiter:innen in der Produktion und bei Beschäftigten mit mittlerer und höherer Bildung leiden“, sagt Robert Stehrer, wissenschaftlicher Direktor des wiiw und Co-Autor der Studie. „Angesichts des bereits heute ausgeprägten Fachkräftemangels in der Industrie sollten bei den Verantwortlichen sämtliche Alarmglocken schrillen. Es steht nämlich zu befürchten, dass vor allem Vorzeigebetriebe abwandern könnten, wenn es dafür keine Lösung gibt“, warnt Stehrer.

Kaum mehr Wachstum ohne massive Steigerung der Arbeitsproduktivität

Eine einfache Rechnung verdeutlicht das volkswirtschaftliche Ausmaß des Problems: Selbst im äußerst positiven Szenario eines um 0,4% steigenden Angebots an Arbeitskräften pro Jahr durch verstärkte Zuwanderung und verstärkte Erwerbsbeteiligung bis Anfang der 2030er Jahre müsste die Arbeitsproduktivität in Österreich pro Jahr um satte 1% steigen, um ein BIP-Wachstum von moderaten 1,5% zu ermöglichen (Durchschnittswert der Jahre 2011 bis 2019).

„Das würde bedeuten, dass die Produktivität pro Jahr etwa dreimal so stark ansteigen müsste, wie sie das in den Jahren 2011 bis 2019 getan hat“, erklärt Stella Zilian, Ökonomin am wiiw und Co-Autorin der Studie. „Aber auch durch den Einsatz von Automatisierung und digitaler Technologien sowie kapitalintensiven Investitionen in effizientere Produktionsmethoden wäre eine derartige Steigerung der Arbeitsproduktivität keineswegs gesichert“, so Zilian.

Neben den erwähnten Maßnahmen für eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Migrant:innen empfiehlt die Studie vor allem die Förderung von Innovation und Digitalisierung in den Betrieben, um so die Arbeitsproduktivität zu steigern. Zudem sollten verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und mittels attraktiver Rahmenbedingungen an das Land gebunden werden. *„Österreich wird sich hier ins Zeug legen müssen, um gegenüber anderen Staaten nicht den Anschluss zu verpassen, schließlich steht es auch international in einem immer schärferen Wettbewerb um die besten Köpfe“, betont Zilian.*

[Die gesamte Studie steht hier zum Download zur Verfügung.](#)

Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, der seit über 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu den Bereichen europäische Integration, Makroökonomie, internationale Wirtschaft, Industriestudien, Arbeitsmärkte und regionale Entwicklung. www.wiiw.ac.at

Rückfragehinweis:

Andreas Knapp

Communications Manager

Tel. +43 680 13 42 785

knapp@wiiw.ac.at